

Forschungsperspektiven zur Geschichte der italienisch-österreichischen Wirtschaftsbeziehungen

Rupert Pichler

Österreich-Ungarn und Italien sind, historisch betrachtet, Länder mit sehr ähnlichen wirtschaftlichen Entwicklungsproblemen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts umfaßten beide Staaten sowohl zentraleuropäische Gebiete, die in vollem Umfang an der Industrialisierung teilgenommen hatten, als auch hinter dieser Entwicklung zurückgebliebene, periphere Regionen. Die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen waren jedoch grundsätzlich verschieden: während sich Italien von einem „geographischen Begriff“ her zum nationalen Einheitsstaat formierte, entwickelte die multinationale Struktur Österreichs langsam ihre Sprengkraft. In der Geschichte beider Länder wurden daher wirtschaftliche Entwicklung und Wirtschaftspolitik unter dem Gesichtspunkt ihres Beitrags zur Stärkung der nationalen und/oder der staatlichen Einheit gesehen, wobei die Gestaltung des Außenhandels zentrales Element der Wirtschaftslenkung und Ausdruck des eigenen Entwicklungsstandes war. Österreichs Beziehungen mit Italien unterlagen dabei einem grundlegenden Wandel: An die Stelle einer Reihe provinzieller Kleinstaaten an der Peripherie der italienischen Monarchie trat ein Nationalstaat, der von seiner Grundkonstruktion gleichsam die Antithese zur Habsburgermonarchie darstellte.

Im Gegensatz zu den anderen Gebieten der Habsburgermonarchie, die später als Nationalstaaten aus dieser hervorgingen, betrifft die Entstehung des italienischen Nationalstaats eine Vielzahl von Territorien, die aus unterschiedlichen Einflußsphären herausgelöst und zu einer neuen Einheit zusammengefügt wurden.¹ Daß bei der Wahrnehmung und (versuchten) Steuerung dieser Integrationsbewegung die wirtschaftliche Entwicklung und deren Beeinflussung von nicht zu unterschätzender Bedeutung war, war nicht nur aufgrund der italienischen Debatte um die

¹ Rumänien und Jugoslawien sind hier insofern nicht vergleichbare Fälle, als es sich hierbei von vornherein wieder um Vielvölkerstaaten handelte.

wirtschaftliche Einheit des italienischen Nationalstaats evident. Die Frage staatlichen Eingreifens in den Wirtschaftsprozess hat nicht nur in der italienischen Geschichte eine lange Tradition,² sondern wird auch bezüglich der österreichischen Wirtschaftsgeschichte nach den sogenannten kliometrischen Arbeiten der 1970er und 80er Jahre³ wieder stärker berücksichtigt werden müssen. Betraf dies bisher nur die inneren Entwicklungen der besagten Staaten, sollten nun künftig auch die Untersuchung der Außenhandelspolitik, ihrer Zielsetzungen und Beeinflussungen sowie die politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen im Vordergrund stehen. Dann kann ein Vergleich der jeweiligen Transformation Italiens und Österreichs zur Industriegesellschaft und deren Konsequenzen für das gegenseitige Verhältnis auf einer strukturellen Ebene abseits traditioneller politikgeschichtlicher Klischees angestellt werden.

Während die politische Rolle Österreichs für die Geschichte des italienischen Risorgimento in verschiedener Hinsicht große Beachtung fand⁴, ist die Geschichte der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Habsburgermonarchie und den anderen Staaten der italienischen Halbinsel in einem erstaunlichen Ausmaß unbekannt. Das betrifft nicht nur den politischen Kontext außenwirtschaftlicher Maßnahmen, sondern auch die dadurch beabsichtigte Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung der betreffenden Gesellschaften. Vergewagt man sich die geographisch-politischen Rahmenbedingungen, wird deutlich, daß Italien relativ eng mit der Habsburgermonarchie und den anderen Staaten verflochten war. Wurden diese bisher praktisch nur unter politischen Gesichtspunkten wahrgenommen, liegt nun die Untersuchung deren ökonomischer Bedeutung unter dem Aspekt der risorgimentalen Idee der wirtschaftlichen Einheit Italiens nahe.

Ein rascher Vergleich des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes der italienischen Staaten vor 1861 wird bereits Unterschiede verdeutlichen, die bisher vor allem unter dem Gesichtspunkt der inneren Spannungen des Einheitsstaats untersucht wurden. Daher ist die Feststellung, daß die Ursprünge des italienischen Nord-Süd-Gegensatzes („Dualismus“) in der Zeit vor 1861 liegen, heute weder besonders polemisch noch spektaku-

2 Zusammenfassend Vera ZAMAGNI, *Dalla periferia al centro. La seconda rinascita economica dell'Italia, 1861–1981*, Bologna 1990, S. 203–234.

3 Vor allem John KOMLOS, *Die Habsburgermonarchie als Zollunion. Die Wirtschaftsentwicklung Österreich-Ungarns im 19. Jahrhundert*, Wien 1986; David F. GOOD, *Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreiches 1750–1914*, Graz/Wien/Köln 1986.

4 Näher darauf einzugehen erübrigt sich: zusammenfassend der neueste Stand bei Alfonso SCIROCCO, *L'Italia del Risorgimento 1800–1860*, Bologna 1990.

lär,⁵ sondern gründet vielmehr auf dem Umstand, daß die in historischer Perspektive leitsektorialen Wirtschaftszweige ihre Wurzeln in Piemont und in der Lombardei hatten.⁶ Gleichzeitig mangelt es offensichtlich an selbständigen Studien zur Wirtschaftsgeschichte der einzelnen italienischen Staaten, in denen nicht primär der Beitrag dieser Staaten zum italienischen Einheitsstaat im Vordergrund steht; dadurch ist auch die Kenntnis über die wirtschaftlichen Verbindungen dieser Staaten untereinander relativ gering. Nach dem derzeitigen Forschungsstand dürfte nach 1815 die schrittweise Eingliederung Lombardo-Venetiens im Vordergrund der österreichischen Außenhandelspolitik in Italien gestanden sein. Da der Zugang zu den anderen Teilen Italiens vorrangig über Lombardo-Venetien erfolgte, war die Regelung der dortigen Zollverhältnisse von zentraler Bedeutung, dabei mußte besonders die Frage der Exporthäfen und deren Zugänge diskutiert werden. Wieder nimmt Triest daher in der Definition der österreichischen Rolle im südlichen Europa eine wichtige Stellung ein, da sich hier bereits die enge Verknüpfung und Bedingtheit wirtschaftlicher und politischer Interessen erweist. Mit der Abschaffung der letzten Zwischenzolllinie (ausgenommen jene zu Ungarn) zu Tirol/Vorarlberg 1825/26 wurde der österreichische Zollverband vereinheitlicht und somit auch die Eingliederung Lombardo-Venetiens in den österreichischen Zollverband abgeschlossen. Nach dem bisherigen Kenntnisstand folgte den Jahren des Vormärz jenes kurzfristige Dahinarbeiten: man befaßte sich ad hoc mit den jeweils anfallenden, auf unterschiedlichen Wegen zur Regierung gelangten Problemen, wobei es sich meistens um Fragen des Zolltarifs handelte. Die Beurteilung folgte jedoch vorwiegend fiskalischer Opportunität, während übergreifende wirtschafts- oder gar regionalpolitische Perspektiven nicht vorhanden waren. Versuche, die Handelsverhältnisse mit den Nachbarstaaten vertraglich zu regeln, wurden bis in die 1830er Jahre hinein nicht unternommen, obwohl nicht zuletzt der Transithandel für Lombardo-Venetien von offensichtlicher Bedeutung war und auf Zollhindernisse besonders empfindlich reagierte.⁷ Eine Ausnahme bildeten die erfolglosen Bemühungen zur Regelung der Po-Schifffahrt, wovon immerhin fünf Staaten betroffen waren. Erst das

5 Vgl. ZAMAGNI, *Dalla periferia*, S. 96 f.

6 Gianni TONIOLO, *Storia economica dell'Italia liberale (1850–1918)*, Bologna 1988, S. 70–72; Luciano CAFAGNA, *Die industrielle Revolution in Italien 1830–1914*, in: Carlo M. CIPOLLA/Knut BORCHARDT (Hg.), *Europäische Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 4; *Die Entwicklung der industriellen Gesellschaften*, Stuttgart/New York, 1977, S. 309–339, hier S. 309–314.

7 Edith SAURER, *Straße, Schmuggel, Lottospiel. Materielle Kultur und Staat in Niederösterreich, Böhmen und Lombardo-Venetien im frühen 19. Jahrhundert*, Göttingen 1989, S. 156.

Nachlassen der politischen Spannungen in den 1830er Jahren und die neue Situation, in die Österreich durch den Deutschen Zollverein gekommen war, trugen dazu bei, daß zwischen 1834 und 1846 mit den anderen italienischen Staaten schließlich eine Reihe von Verträgen abgeschlossen wurde, wobei die Hintergründe dieser Maßnahmen nicht genauer bekannt sind.

Damit ist man aber auch schon beim ganz offenkundig wichtigsten Teil österreichisch-italienischer wirtschaftspolitischer Beziehungen angelangt: die Gründung des Deutschen Zollvereins 1834 hatte ihre Wirkung weder auf die italienische Öffentlichkeit noch auf die österreichische Politik verfehlt, weswegen letztere immer wieder eine ähnliche Lösung für Italien unter österreichischer Führung erwog.⁸ Bei den in Italien selbst ventilierten Plänen wurden die protektionistischen Implikationen des Deutschen Zollvereins geflissentlich übersehen, andererseits ließ die Erkenntnis, daß die italienischen Staaten stärkere Handelsverflechtungen mit nichtitalienischen Staaten hatten als untereinander und daß weder die landwirtschaftliche noch die industrielle Entwicklung die Bildung eines nationalen Marktes notwendig machten, die Imitation auswärtiger Entwicklungen als zweckmäßigste Lösung erscheinen.⁹ In den diversen öffentlichen Diskussionsvorschlägen wurde sofort die politische Problematik erkannt, die in der Teilnahme Lombardo-Venetiens an einem etwaigen Zollverein lag, gerade deshalb, weil ein solcher ohne die „reiche“ Lombardei wenig Sinn gehabt hätte. Die Abhängigkeit von Österreich schien den Agitatoren der italienischen Einheit jedoch wenig wünschenswert zu sein. Cesare Balbo legte in seinem 1844 erschienenen Werk *Delle speranze d'Italia* auch in zollpolitischer Hinsicht großen Wert auf die Unabhängigkeit, wobei eine Verbindung mit Österreich kritisch beurteilt wurde. Da die italienischen Regierungen dieser Zeit diesbezüglich offensichtlich keinen „Handlungsbedarf“ sahen und die politischen Widersprüche eine Initiative jeweils nicht opportun erscheinen ließen, kam erst Ende 1847, kurz nach der Italienreise des englischen Freihandelspioniers Richard Cobden, auf der politischen Entscheidungsebene Bewegung in die Angelegenheit. Nach dem Abschluß eines Handels- und Schifffahrtsvertrages zwischen Piemont, der Toskana und dem Kirchenstaat wurden Gespräche über die Gründung eines Zollvereins durch diese drei Staaten aufgenommen.¹⁰

8 SAURER, Straße, Schmuggel, Lottospiel, S. 154.

9 SCIROCCO, Risorgimento, S. 215 f.

10 TONIOLO, Storia economica, S. 75.

Für Pius IX. schien eine Zollunion ein geeignetes Mittel zur Aufrechterhaltung politischer Stabilität und innerer Ordnung zu sein, während die Regierung in Turin die Ablehnung einer politischen Dimension dieser Zollunion durch den Kirchenstaat mit Mißtrauen betrachtete. Zum ersten Mal in Italien wurde somit aber, und zwar auf wirtschaftlichem Gebiet, ein konkreter Schritt zur Vereinheitlichung getan. Erst nach großen Auseinandersetzungen über die anzuwendenden Zollsätze und Teilungsprinzipien wurde im November ein vorläufiger Kompromiß erzielt.¹¹ Die Haltung Österreichs hierzu ist noch gründlich zu erforschen, ebenso die Frage, wie die Gründungsmitglieder zu der Variante einer Teilnahme Lombardo-Venetiens standen.¹² Offensichtlich übte Österreich starken Druck gegen einen Beitritt von Parma, Modena und Neapel aus (seit 1830 waren dort österreichische Truppen stationiert) und schloß statt dessen mit den beiden ersteren Staaten Militärbündnisse ab, die eine Einwilligung Österreichs bei deren allfälligem Eintritt in Bündnisse mit fremden Staaten zur Bedingung machte. Das gesamte Projekt scheiterte – nachdem sich auch Neapel wieder zurückgezogen hatte – letztlich an der Interessenherogenität der restaurativen Regimes.¹³

Noch ein anderer Gesichtspunkt ist zu beleuchten, nämlich die Einstellung der Träger wirtschaftlicher Interessen gegenüber einer allfälligen Einigung. Das waren eben nicht nur Regierungen, sondern, ganz allgemein, auch die Wirtschaftstreibenden; deren Rolle für das *Risorgimento* ist noch nicht hinreichend untersucht.

Auf die unternehmergeschichtlichen Defizite moderner Wirtschaftsgeschichten ist hier nicht eigens zu verweisen; da uns der wirtschaftliche Gesichtspunkt nationaler Bewegungen interessiert, darf nicht nur nach den Intentionen der Wirtschaftspolitik, sondern muß auch nach den Interessen der Unternehmer und dem Grad ihrer Bezogenheit auf eine nationale Vorstellungswelt gefragt werden, was gerade bei den politisch unterlegten Zollvereinsplänen von Bedeutung ist. Dagegen hat die Debatte um die gegensätzlichen Interessen von großgrundbesitzenden Agrariern und Industrie bei der Gestaltung des italienischen Einheitsstaates diesen Aspekt zwar thematisiert, sich aber nicht damit befaßt, ob diese an der

11 SCIROCCO, *Risorgimento*, S. 259–262.

12 Corrado RAINONE, *Pensiero e strutture socio-economiche europee ed italiane nell'epoca risorgimentale 1748–1861*, Milano 1975, S. 352, läßt eine derartige Version realistisch erscheinen.

13 Corrado RAINONE, *Liberisti e Liberali: pensiero economico e pensiero politico in Italia, avanti il 1861*, in: *Nuove questioni del Risorgimento e dell'Unità d'Italia*, 2 Bde., Milano 1961, Bd. 1, S. 513–564, hier S. 534–537.

Schaffung eines italienischen Staates überhaupt vorrangig interessiert waren und nicht bloß erst dann – nachdem dieser gewissermaßen aus einem politischen Zufall heraus entstanden war – versuchten, einen Vorteil herauszuschlagen.

Wenngleich unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Wachstums dem Jahr 1848 in der österreichischen Wirtschaftsgeschichte keine entscheidende Bedeutung zukommt, ist es für die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Habsburgermonarchie in der Folge doch eine wichtige Wegmarke. Die nunmehr massiv betriebene Brucksche „Mitteleuropa“-Politik beeinflusste nicht nur die Beziehungen zum Deutschen Zollverein positiv,¹⁴ sondern auch jene zu den italienischen Staaten, wobei die neuen, liberalen Zolltarife von 1851 und 1853 gute Voraussetzungen zu deren Vertiefung boten. Zum einen betraf dies Piemont, das unter Cavour eine Wende zu einer freihändlerischen Politik vollzog und 1850/51 Handelsverträge mit den wichtigsten europäischen Staaten abschloß.¹⁵ Der Vertrag mit Österreich kam Piemont vor allem hinsichtlich der landwirtschaftlichen Güter entgegen und enthielt die Meistbegünstigungsklausel. Der neue Zolltarif Piemonts von 1851 brach radikal mit der Prohibitivtradition, führte Zölle *ad valorem* ein,¹⁶ bot jedoch der Industrie kaum Zollschatz, was vor allem die Baumwollindustrie zu spüren bekam.¹⁷ Insbesondere wird die Rolle der Wirtschaft als Regulierungsinstrument in dem problematischen Verhältnis Österreichs zu Piemont ein interessanter Gesichtspunkt sein.

Viel unmittelbarer wirkte sich auch die Neuorientierung der österreichischen Außenhandelspolitik auf die Nachbarstaaten Parma und Modena aus. Die Zollvereinsbemühungen der Zeit vor 1848 waren nicht vergessen worden, umso intensiver versuchte Bruck nun neuerliche Zollunionsprojekte unter Ausklammerung Österreichs zu verhindern. Daß dabei die Ruhigstellung Italiens als politisches Ziel von maßgeblicher Bedeutung war, steht außer Zweifel.¹⁸ Nach langwierigen Verhandlungen wurde 1852 eine vollständige zollpolitische Union Österreichs mit den beiden Herzogtümern für die Dauer von 1853 bis 1857 verein-

14 Dazu siehe Klaus KOCH, Österreich und der Deutsche Zollverein (1848–1871), in: Adam WANDRUSZKA/Peter URBANITSCH (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 6: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Teil 1, Wien 1989, S. 537–560.

15 SCIROCCO, Risorgimento, S. 356.

16 TONIOLO, Storia economica, S. 76.

17 Valerio CASTRONOVO, L'industria cotoniera in Piemonte nel secolo XIX, Torino 1965, S. 308 f., für Piemont.

18 SAURER, Straße, Schmuggel, Lottospiel, S. 154.

bart, wodurch die beiden letzteren den österreichischen Zolltarif zu übernehmen hatten.¹⁹ Für die österreichische Industrie, insbesondere jene der Lombardei, war die Zollunion von großem Vorteil, da sie für ihre Produkte (v. a. Textilien) einen geeigneten Absatzmarkt vorfand, während die Herzogtümer besonders Nahrungsmittel (Getreide) nach Österreich exportieren konnten. Trotzdem war vor allem Parma nicht zur Verlängerung des Vertrages bereit, da es seine bescheidene Industrie und seine politische Handlungsfreiheit gefährdet sah.

Ähnlich verhält es sich mit der Eisenbahnpolitik zur Zeit des Neoabsolutismus. Hier dominiert bisher der Eindruck einer bewußten Verzögerungsstrategie, die den Anschluß der österreichischen Bahnen an jene Piemonts möglichst behindern wollte, während für Wien eine möglichst rasche Anbindung von Triest erstrebenswert schien.²⁰ Die Regierung Bruck versuchte auch hier, wie bei der Zollunionsfrage, die Bahnpolitik politisch zu instrumentalisieren²¹, weswegen 1851–1851 mit Modena, Parma, der Toskana und dem Kirchenstaat der Vertrag über die italienische Zentraleisenbahn abgeschlossen wurde.²² Dessen Zweck bestand offenbar in der Sicherung der österreichischen Einflußsphäre, da bereits aus der damaligen Perspektive ein grenzüberschreitendes Eisenbahnnetz mit größter Wahrscheinlichkeit nicht zu verhindern war. Von „höherem“ Interesse überlagert, ging (nach der Verstaatlichung 1852) die lombardo-venezianische Eisenbahn 1856 wieder in private Hände über; so wurde auch die Zentraleisenbahn Teil des Rothschildschen Südbahn-Imperiums. Angesichts der Rolle, die die Eisenbahn nach 1861 im „neuen“ Italien spielte, und der entsprechenden Behandlung dieses Aspektes in der italienischen Historiographie ist die Bedeutung der Eisenbahn im Hinblick auf die anationale, wirtschaftliche und politische Kohäsion in der Zeit davor unbedingt näher zu untersuchen.

Mit dem Verlust der Lombardei 1859 und der Gründung des Königreichs Italien 1861 trat eine für das österreichisch-italienische Verhältnis nachhaltige Zäsur ein. Aufgrund des österreichischen Desinteresses an der italienischen Geschichte gibt es, im Gegensatz zu 1848, keine Untersu-

19 Siehe Umberto MARCELLI, Un progetto di nesso economico italo-austro-ungarico perseguito da Vienna fra il 1849 ed il 1859, in: *Rassegna storica del Risorgimento* 44 (1957), S. 445–453, und Gauro COPPOLA, Le attività manifatturieri milanesi e la lega Austro-Estense-Parmigiana, in: *Economia e storia* 15 (1968), S. 91–101.

20 Paul MECHTLER, Die österreichische Eisenbahnpolitik in Italien (1835–66), in: *Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs* 14 (1961), S. 171–189, hier S. 181.

21 MARCELLI, progetto di nesso economico, S. 450. f.

22 MECHTLER, Eisenbahnpolitik, S. 179.

chungen über den „ökonomischen Stellenwert“ dieser Zäsur, allenfalls fiel auf, daß seither ein wirtschaftlich nicht unbedeutender Teil der Habsburgermonarchie auf einmal nicht mehr da war. Andererseits führte auch in der italienischen Geschichtsschreibung die von Mori kritisierte „Terminus-a-quo-Mentalität“²³ lange Zeit dazu, diesen Aspekt zu vernachlässigen. Dabei waren die Veränderungen auch in wirtschaftsgeschichtlicher Hinsicht von großer Tragweite: die Lombardei war plötzlich (wenig später auch Venetien) Ausland. Ebenso unvermittelt wurden wirtschaftlich höchst unterschiedlich entwickelte Gebiete unter einheitlichen Rahmenbedingungen zusammengeschlossen; für andere Wirtschaftsregionen war ein großer, zolleinheitlicher Exportmarkt entstanden.

Aus historischer Perspektive standen sich damit zwei Staaten gegenüber, von denen einer auf dem Weg zum nationalen Zerfall, der andere im Prozeß nationaler Formation war; doch beide waren hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung heterogen und repräsentierten jeweils zentraleuropäische und periphere Entwicklungsstufen.²⁴ Nicht nur ein Vergleich derartiger Situationen an sich ist interessant, sondern auch der Vergleich, wie hinsichtlich der Außenhandelspolitik versucht wurde, die inneren Gegensätze zu bewältigen und wie sich dies in den wirtschaftlichen Beziehungen ausdrückte. In der Gestaltung dieser Beziehungen wird direkt oder indirekt auch die Wahrnehmung des jeweils anderen Staats, seines Selbstverständnisses im Rahmen der Weltwirtschaft, seines Entwicklungsstandes und seiner nationalen Problematik sichtbar.

Die wirtschaftliche Heterogenität zieht sich daher auch als roter Faden durch die wirtschaftsgeschichtliche Literatur beider Länder, jedoch unter umgekehrten Vorzeichen: wurden wirtschaftliche und nationale Entwicklung als einander unterstützend, ja bedingend gesehen, dann wurden die Einheit Italiens und der Zerfall der Habsburgermonarchie logisch daraus gefolgert;²⁵ revisionistische Arbeiten hingegen versuchten das Gegenteil zu beweisen.

Erst langsam scheint man sich jedoch von teleologischen Vorstellungen zu lösen. Die Debatte um die wirtschaftliche Einheit Italiens und um den damit verbundenen Nord-Süd-Gegensatz hängt eng mit der außenhandelspolitischen Orientierung des Landes nach 1861 zusammen. Diese

23 Giorgio MORI, *The Genesis of Italian Industrialization*, in: *The Journal of European Economic History* 4 (1975), S. 79–94, hier S. 79.

24 Zu derartigen Entwicklungsmodellen vgl. John W. COLE, *Culture and Economy in Peripheral Europe*, in: *Ethnologia Europea* 15 (1985), S. 3–26.

25 Dazu COLE, *Culture and Economy*, S. 9 f., für den europäischen Zusammenhang.

war wiederum maßgeblich mit dem politischen Einfluß der verschiedenen sozialen Schichten verknüpft. Da die italienische Vereinigung im Prinzip auf der Hegemonie Piemonts beruhte, setzte sich im neuen italienischen Staat der bereits seit einem Jahrzehnt praktizierte Wirtschaftsliberalismus durch, zugleich mit einer „unificazione doganale del paese ... nel modo più radicale e repentino possibile“. Ab 1861 wurde der piemontesische Zolltarif von 1859 angewandt, ebenso wie die von Piemont abgeschlossenen Handelsverträge.²⁶ Damit hatten sich die Interessen der Grundbesitzer, somit der traditionellen Besitzklassen durchgesetzt, die nicht nur im Parlament stärker und besser vertreten waren als die wenigen Industriellen.²⁷ Die maßgebende Rolle Frankreichs bei der Vereinigung Italiens zwang zu einem neuen Handelsvertrag 1863, der diesen Gesichtspunkten noch stärker Rechnung trug. Zusammen mit „una diffusa convinzione, spesso basata su scarse conoscenze“, derzufolge Italien eine „nazione agricola“ sei, blieb für mehr als eineinhalb Jahrzehnte eine freihändlerische, antiindustrialistische Linie bestimmend.²⁸

Die italienische Literatur hat diesen Aspekt sehr stark thematisiert und ihn mit der Geschichte der inneren Widersprüche Italiens eng verknüpft. Am Beginn der Debatte steht die pessimistische These Gramscis vom italienischen Risorgimento als „rivoluzione agraria mancata“²⁹, der vor allem Romeo energisch entgegentrat. Dessen Versuch, eine „ursprüngliche Kapitalakkumulation“ in den ersten zwanzig Jahren nach der Vereinigung nachzuweisen,³⁰ folgte eine lange Reihe von Interpretationsmodellen, die je nach Zielsetzung des Autors marxistische Interpretationen, Rostows Stufentheorie oder Gerschenkrons *Great Spurt* zur Anwendung brachten.³¹ Der historiographische Diskurs glich damit jenem in Österreich, wo vor allem die Suche nach dem *take-off* bzw. *Great Spurt* die Diskussion lange Zeit beherrscht hatte.

Zentraler Ansatzpunkt der italienischen Modelle war stets die landwirtschaftliche Entwicklung, die als Wegbereiterin der industriellen Entwicklung betrachtet wurde. Dies hatte zwei Vorzüge: zum einen konnte die Politik der *Destra* damit vorzüglich gerechtfertigt werden, wie dies Romeos Variante tat, zum anderen wurde dadurch die Interpretation der

26 TONIOLO, *Storia economica*, S. 87.

27 CAFAGNA, *Industrielle Revolution*, S. 351.

28 ZAMAGNI, *Dalla periferia*, S. 145 f.

29 Vgl. Antonio GRAMSCI, *Il Risorgimento*, Torino 1949.

30 Rosario ROMEO, *Risorgimento e capitalismo*, Bari 1959.

31 Überblicke bei TONIOLO, *Storia economica*, S. 215–241; Luciano CAFAGNA, *I modelli interpretativi della storiografia*, in: DERS., *Dualismo e sviluppo nella storia d'Italia*, Venezia 1989, S. 385–399.

italienischen Entwicklung in einem nationalen Ex-posteriori-Rahmen ermöglicht, innerhalb dessen man dann die inneren Gegensätze zu erklären suchte. Besonders die „Storia d'Italia“ (des Einaudi-Verlages) ist noch vom Argument der Agrarakkumulation geprägt, wie der Ansatz Ruggiero Romanos zeigt.³² Doch vor allem Cafagna, aber auch Bonelli lehnten 1861 als Zäsur in der wirtschaftlichen Entwicklung ab und konstatierten eine etwa 1830 bis 1880 reichende kontinuierliche Entwicklung.³³

Die Zersplitterung der Märkte als Grundproblem ist das gemeinsame Kennzeichen der Wirtschaftsgeschichten Italiens und Österreichs. In beiden Fällen ist die Frage der dagegen anzuwendenden Mittel stets aufs engste mit innen- und außenpolitischen Fragen verknüpft geblieben, wodurch die Dimension des Wirtschaftlichen die politische Vorstellungswelt zunächst einmal mitbestimmt. Als gemeinsame Voraussetzung ist in beiden Ländern das von Gerschenkron so bezeichnete Phänomen der wirtschaftlichen Rückständigkeit feststellbar.³⁴ Gerschenkron beurteilte die österreichische Entwicklung in diesem Sinn skeptisch,³⁵ ebenso wie Romeos optimistische Sichtweise.³⁶ Interessant am Gerschenkron'schen Konzept, das auf die Situation beider Länder eingeht, ist die hohe Bedeutung, die es staatlichen Infrastrukturmaßnahmen zur Überwindung dieser Rückständigkeit beimißt, wodurch bei der Beurteilung wirtschaftspolitischer Maßnahmen eine Einbettung in eine vorhandene wissenschaftliche Auseinandersetzung möglich ist.

Zu den außenhandelspolitischen Regelungsinstrumenten gehören vor allem Zollpolitik und Handelsverträge. Während erstere die inneren Prioritäten der Wirtschaftspolitik ausdrückt, ist in Verhandlungen zum Abschluß von Handelsverträgen die Einschätzung des Entwicklungsgrades anderer Länder ablesbar. Daraus ergeben sich Vergleichsmöglichkeiten zwischen den Problemlagen der beteiligten Länder. Sowohl für Österreich als auch für Italien als „dualistische“ Wirtschaften mit einem

32 Ruggiero ROMANO, Una tipologia economica, in: Ruggiero ROMANO/Corrado VIVANTI, Storia d'Italia, Bd. 1: I caratteri originali, Torino 1972, S. 255–304.

33 CAFAGNA, Industrielle Revolution, S. 314–317; Franco BONELLI, Il capitalismo italiano. Linee generali d'interpretazione, in: ROMANO/VIVANTI (Hg.), Storia d'Italia, Annali 1, Torino 1978, S. 1195–1255.

34 Alexander GERSCHENKRON, Economic Backwardness in Historical Perspective, in: DERS., Economic Backwardness in Perspective. A Book of Essays, New York/Washington/London 1962, S. 5–30.

34 Alexander GERSCHENKRON, An Economic Spurt That Failed. Four Lectures in Austrian History, Princeton 1977, neuauferrollt von GOOD, Der wirtschaftliche Aufstieg, S. 12–18.

36 Alexander GERSCHENKRON, Rosario Romeo and the Original Accumulation of Capital, in: DERS., Economic Backwardness in Historical Perspective. A Book of Essays, New York/Washington/London 1962, S. 90–118.

unzureichenden Inlandsmarkt kam die entsprechend zielgerichtete Nutzung von Exportmärkten als Kompensation in Betracht und beeinflusste daher die wirtschaftspolitische Diskussion.

Nach 1861 war in Italien der Freihändlerische Zolltarif Piemonts zur Anwendung gelangt, der neben dem Eisenbahnbau wirtschaftspolitischer Schwerpunkt der Regierung war.³⁷

In Anbetracht seiner problematischen Auswirkungen wurde Anfang der 1870er Jahre, noch unter der Regierung der *Destra*, eine „*inchiesta industriale*“ zur Erhebung des Zustands und der Bedürfnisse der italienischen Industrie angestellt.³⁸ Nachdem die Linke an die Macht gekommen war, kam es zum neuen, protektionistischeren Zolltarif von 1878, der aber nicht ohne Widersprüche blieb, weil er nicht die innovativen Industrien, sondern vor allem die Baumwoll- und metallherzeugenden anstelle der verarbeitenden Industrien bevorzugte. Er sicherte vor allem der Baumwollindustrie den nationalen Markt, auf dem sie besser als andere Gewerbebranchen operieren konnte, da sie wenig kapitalintensiv und deshalb von der Entwicklung eines zentralen Bankensystems relativ unabhängig war.³⁹ Nun wurden auch wieder neue Handelsverträge abgeschlossen, die der neuen Politik Rechnung trugen: 1878 mit Österreich, 1881 mit Frankreich, 1883 mit Großbritannien, Deutschland und der Schweiz.

Nachdem 1883 eine Kommission zur Beurteilung der Auswirkungen des neuen Zolltarifs eingesetzt worden war,⁴⁰ wurde die protektionistische Tendenz des Tarifs von 1878–1887 fortgesetzt, obwohl die Zollsätze immer noch unter dem Niveau von Österreich oder Frankreich lagen. Auch der neue Zolltarif war das Resultat eines politischen Kompromisses: der Zollschutz für die Textil-, die eisenerzeugende und chemische Industrie wurde auf Getreide und Zucker ausgedehnt, die mechanische Industrie dagegen blieb auf der Strecke: „Non sono infatti gli interessi futuri ma quelli già esistenti a venire, il più delle volte, di fatto tutelati.“⁴¹ Daraufhin wurden wieder neue Handelsverträge mit den wichtigsten europäischen Staaten abgeschlossen. Die Verträge der 1880er und 90er Jahre tendierten dahin, die Einfuhr chemischer und mechanischer Produkte zu erleichtern und dafür den erleichterten Ex-

37 CAFAGNA, Industrielle Revolution, S. 314.

38 ZAMAGNI, Dalla periferia, S. 148.

39 CAFAGNA, Industrielle Revolution, S. 318 f.

40 ZAMAGNI, Dalla periferia, S. 148 f.

41 TONIOLO, Storia economica, S. 133.

port von Roh- und Halbwaren sowie landwirtschaftlichen Gütern anzustreben.⁴² Die schwierige Situation, in die man sich dadurch manövriert hatte, bekam das Kabinett Giolitti II offenbar bei den Verhandlungen zu den 1906 abgeschlossenen Handelsverträgen zu spüren, als die jeweiligen Verhandlungspartner schon längst protektionistischere Tarife auch für die von Italien bevorzugt exportierten Waren eingeführt hatten.⁴³

Die Position Italiens im Welthandel verbesserte sich deswegen nicht, sein Anteil daran sank zwischen 1866 und 1913 von 3,1 auf 2,6 %, die metallverarbeitende Industrie blieb ein ständiger Schwachpunkt. Bei stets passiver Handelsbilanz kam der Charakter des italienischen Außenhandels besonders im Verhältnis zu Deutschland zum Ausdruck: „La composizione merceologica del commercio italo-tedesco configura, dunque, un rapporto che si avvicinerrebbe molto a quello coloniale.“⁴⁴ Die Kenntnis über Struktur und Ausmaß des Handels mit Österreich sind gering. Die von Zamagni bereitgestellten Daten zeigen, bei einem überhaupt geringen Anteil am italienischen Außenhandel, einen schwachen Rückgang der Exporte nach Österreich zwischen 1886 und 1913 (9,3 – 8,8 %) und eine Halbierung der Importe aus Österreich im selben Zeitraum (14,9 – 7,3 %).⁴⁵ Dabei erfolgte die Teilnahme Italiens durch die „drei nordwestlichen Regionen Italiens so, als handelte es sich um ein kleines autonomes Land“⁴⁶. Auf diesen Aspekt wird sich auch die Erforschung der österreichisch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen besonders zu konzentrieren haben: vom institutionellen Rahmen her betrachtet, war 1861 zwar eine völlige Neuordnung eingetreten, auf der Ebene des wirtschaftlichen Austausches hatten möglicherweise regionale Zusammenhänge unerwartet hartnäckig überlebt.

Diese Rolle grenzüberschreitender Wirtschaftsregionen in Zentraleuropa, deren Interessen unter Umständen gegen nationale Zerfalls- und Formationsprozesse lange Zeit resistent blieben, wird vorrangig auch Gegenstand neuer Untersuchungen sein müssen. Wie bereits angedeutet, ist die österreichische Ausgangsposition in gewisser Hinsicht mit der Italiens vergleichbar.

42 Frank J. COPPA, *Commercio estero e politica doganale dell'Italia liberale*, in: Giorgio MORI (Hg.), *L'industrializzazione in Italia (1861–1900)*, Bologna 1977, S. 161–170, hier S. 166.

43 Ebd., S. 168.

44 ZAMAGNI, *Dalla periferia*, S. 160.

45 Ebd., S. 159.

46 CAFAGNA, *Industrielle Revolution*, S. 337.

Dies gilt auch für die in der Wirtschaftspolitik maßgeblichen Grundvorstellungen. Wenngleich im Neoabsolutismus noch die aus dem Vormärz herüberreichenden Traditionen wirkten, wurde doch die Wende zur liberalsten Epoche in der Wirtschaftsgeschichte der Habsburgermonarchie vollzogen. Es folgte eine Zeit der liberalen Außenhandelspolitik mit dem Abschluß entsprechender Handelsverträge mit den wichtigsten europäischen und asiatischen Ländern. Es ist bezeichnend, daß die kommerziellen Kontakte auf vertraglicher Ebene zwischen Österreich und Italien stark von politischen Einflüssen bestimmt blieben.⁴⁷ Daher konnte es auch erst nach 1866 zu konstruktiven Kontakten zwischen beiden Ländern kommen, nachdem man in Österreich erkannt hatte, daß man in den Handelsbeziehungen mit Italien gegenüber Frankreich und Großbritannien ins Hintertreffen geraten war. Der 1867 erfolgte Abschluß des Handels- und Schifffahrtsvertrages war freihändlerisch geprägt und sah, neben der Meistbegünstigungsklausel, für Italien die erleichterte Ausfuhr landwirtschaftlicher und halbfertiger Waren, für Österreich die Exportförderung von Fertigprodukten vor. Die Bilanz des österreichischen Handels mit Italien war in den Jahren bis 1877 leicht positiv. Die Neuverhandlungen nach dem Auslaufen des Vertrages 1876 standen unter neuen wirtschaftspolitischen Prämissen, trotzdem blieb der neue, zehn Jahre gültige Vertrag von 1878 in seinen Prinzipien gegenüber dem Vertrag von 1867 unverändert. Erst 1887 erfolgte eine einschneidende Änderung, vor allem in bezug auf Eisen- und chemische sowie landwirtschaftliche Produkte. Die Meistbegünstigungsklausel wurde weiter beibehalten, die Laufzeit betrug vier Jahre. Die Erneuerung im Zuge der sogenannten Caprivi-Verträge als wirtschaftlicher Dimension des Dreibundes regelte die italienisch-österreichischen Handelsbeziehungen in einem größeren europäischen, aber zunehmend politisierten Rahmen – gemeinsam mit Deutschland, Belgien und der Schweiz. Obwohl keine prinzipiellen Veränderungen erfolgten, fiel der Vertrag insgesamt liberaler aus, weil die Liste der einbezogenen Waren wesentlich erweitert und so von einer unbeschränkten Protektion ausgenommen wurde. 1902 wurde der Vertrag mit Italien gekündigt, nachdem der Widerstand vor allem der agrarisch orien-

47 Im folgenden nach Ugo COVA, Österreich(-Ungarn) und Italien, in: Peter URBANITSCH/Adam WANDRUSZKA (Hg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, Bd. 6/1: *Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen*, Wien 1989, S. 630–686, hier S. 657–686. Es handelt sich um die einzige zusammenfassende Arbeit zu den österreichisch-italienischen Beziehungen, die die Handelsbeziehungen mitberücksichtigt. Gerade sie zeigt aber auch, wie notwendig eine weitere Erforschung dieses Themas ist.

tierten Länder der Habsburgermonarchie (allen voran Ungarn und Dalmatien) gegen den Vertrag stärker geworden war. Nach langwierigen Verhandlungen, deren Scheitern aus politischen Gründen nicht in Frage kam, konnte 1906 ein neuer Vertrag abgeschlossen werden, bei dem Italien zwar auf den begünstigten Weinzoll verzichten mußte, dafür aber Vergünstigungen bei Seidenwaren erhielt.

Bis zum Ersten Weltkrieg war der Charakter gegenseitiger Ergänzung, zusammenfassend betrachtet, für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Italien und Österreich maßgeblich. Dies ist deshalb interessant, weil es offenbar Ausdruck unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Leitvorstellungen in Ländern mit nicht unähnlichen Entwicklungsproblemen war. Gerade deswegen muß hier festgehalten werden, daß die genauen Entstehungsvorgänge zu den kurz skizzierten österreichisch-italienischen Handelsverträgen unbekannt sind, besonders auch die Einflüsse industrieller Interessen, die im ausgehenden 19. Jahrhundert die Gesellschaften politisch und sozial immer stärker prägten. Vor allem dort wird die Verknüpfung von Wirtschaft und nationaler Entwicklung am deutlichsten berührt, wo die Frage nach den unternehmerischen Interessen als Teil bürgerlicher Formation einsetzt, d. h. es bedarf des Vergleichs eines supranationalen Gesamtsystems einerseits und eines gerade entstehenden nationalen Markts andererseits mit den Unternehmern und der Analyse der daraus resultierenden Wunschvorstellungen in bezug auf Wirtschaftsbeziehungen.

In gewisser Weise kann die Projektion nationaler Entwicklungen und Interessen auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen durch die Aufarbeitung der Entwicklung der öffentlichen Meinung und der unternehmerischen Standpunkte die wechselseitigen Einflüsse von wirtschaftlicher und nationaler Entwicklung besser erforschen helfen.

Dazu sollten die aus dem Ex-posteriori-Wissen geläufigen Interpretationen von der konsolidierenden Wirkung wirtschaftlichen Wachstums auf nationale Gebilde neu überprüft werden.

Davon abgesehen, wird aber auch die Kategorie der nationalen Einheit kritisch hinterfragt und das Augenmerk nicht so sehr auf die jeweiligen innerstaatlichen Regionalismen Österreichs und Italiens, sondern auf das Bestehen grenzüberschreitender, durch wirtschaftliche Beziehungen manifestierte Regionalstrukturen gerichtet werden müssen. Dabei ist im infrastrukturell-politischen Bereich etwa an die Wirkung der bereits im Vertrag von 1867 vorgesehenen Erleichterungen für die Grenz-

regionen beider Länder zu denken.⁴⁸ Es ist verständlich, daß solche Überlegungen besonders heute infolge einer gewissen „Mitteleuropa“-Euphorie durch populäre Vorstellungen beispielsweise einer „Europa-Region Tirol“ motiviert werden. Eine fundierte Untersuchung der historischen Grundlagen hierzu ist besonders erwünscht, da nicht zuletzt wegen der inneren Spannungen Italiens derartige österreichischerseits hervorgebrachte Konzepte leicht zu einem Mißverstehen des Selbstverständnisses des italienischen Partner führen können.

Abstract

Rupert Pichler: Prospettive di ricerca sui rapporti economici tra Austria ed Italia

Valutate storicamente, monarchia asburgica e Italia presentano molte attinenze nel loro processo di sviluppo economico. Entrambi gli stati comprendevano agli inizi del XX secolo sia regioni centro-europee, partecipi in modo rilevante al fenomeno d'industrializzazione, sia aree periferiche depresse, in ritardo sui tempi di crescita nazionale. Essenzialmente diverse erano però le condizioni politico-istituzionali dei due paesi: mentre l'Italia da mera "espressione geografica" si era costituita in stato nazionale unitario, la struttura multinazionale austriaca mostrava già pericolosi cedimenti. Veniva riscontrato nella loro storia un progetto di sviluppo e di politica economica da intendere come rafforzamento dell'unità nazionale e/o statale, per cui la creazione di un commercio estero doveva rivelarsi fattore determinante degli orientamenti economici ed espressione del proprio stato di incremento. Riguardo i rapporti dell'Austria con l'Italia, un inevitabile confronto richiedeva il passaggio da una realtà di staterelli provinciali ai confini dei territori italiani della monarchia alla concorrenza di uno stato per sua struttura quasi antitetico alla monarchia asburgica. Un'indagine sulle relazioni economiche e su scambi ed interessi da

48 COVA, Österreich(-Ungarn), S. 659.

esse prodotti non solo sarà in grado di fornire in una prospettiva a lungo termine efficaci elementi di comprensione di vicendevoli influenze – più di quanto si possa spesso desumere dalla storia politica, soggetta come è noto a improvvisi rivolgimenti – ma anche di ricavare la reciproca percezione dei due paesi, intensificata dalla nascita di rapporti economici a livello statale ed imprenditoriale. E al tempo stesso cercherà di rispondere al quesito, se strutture regionali, anazionali e ultraconfinarie, a parte le evidenti conseguenze politiche nei contatti economici, siano di fatto sopravvissute più a lungo di quanto non attesti la consueta linea interpretativa dello stato nazionale nella storia europea. Solo in questa maniera si potrà fornire un valido ausilio alla comprensione del carattere mitteleuropeo della storia austriaca, ma anche di quella italiana, e ravvivare oggi l'interesse per l'Italia e le sue vicende, dopo il 1989 piuttosto limitato in Austria per la sua maggior inclinazione verso i paesi dell'ex blocco orientale.